Umweltprinzip und Gemeinschaftsrecht

Eine Untersuchung zur Rechtsidee des "bestmöglichen Umweltschutzes" im EWG-Vertrag

von

Dr. Wolfgang Kahl



C. F. Müller Juristischer Verlag Heidelberg

Inhaltsverzeichnis

Voru	vort	VII
Abki	ürzungsverzeichnis	XIX
	Einleitung	
\boldsymbol{A} .	Problematik	1
	Eingrenzung und Gang der Untersuchung	5
	Erster Teil Die Abstraktion des Umweltprinzips	
Kap	itel 1: Die Rechtsidee des "bestmöglichen Umweltschutzes"	10
\boldsymbol{A} .	Die Abstützung im primären Gemeinschaftsrecht nach der EEA	10
I.	Das Vertragsziel Umweltschutz	10
	1. Vor der EEA	10
	2. Nach der EEA	13
II.	Der Umweltbegriff	13
	1. Im EWG-Vertrag	14
	2. In den Aktionsprogrammen	16
	3. In den Richtlinien	17
	4. Ergebnis	18
	Die Handlungsformen	18
IV.	Die umweltpolitischen Ziele	19
	1. Die Systematik des Zielkatalogs	19
	2. Die Erhaltung der Umwelt	19
	3. Der Schutz der Umwelt	19
	4. Die Verbesserung der Umweltqualität	20
	5. Der Beitrag zum Schutz der menschlichen Gesundheit	20
	6. Die umsichtige und rationelle Verwendung der Ressourcen .	21
V.	Die Spezialprinzipientrias	21
	1. Das Vorbeugeprinzip	21
	2. Das Ursprungsprinzip	22
	3. Das Verursacherprinzip	23
	Die Querschnittsklausel	26
VII.	Das Subsidiaritätsprinzip	27
	1. Allgemeines	27
	Formelle Subsidiarität	29
	3. Kooperations- und Erforderlichkeitsprinzip	29
	4. Prinzip der geeigneten Aktionsebene	30
	5. Optimierungs- bzw. Besserklausel	31 31
	6. Eigener Lösungsansatz: Materielle Subsidiarität	31

	a) Die verfassungsstrukturelle Bedeutung des	
	Subsidiaritätsprinzips	31
	b) Die Unverzichtbarkeit des Subsidiaritätsprinzips	
	in der Umweltpolitik	33
	 c) Die inhaltliche Ausgestaltung des Subsidiaritätsprinzips 	
	mittels eines Syntheseansatzes	35
	d) Ergebnis	37
VIII.	Die Schutzniveauklausel	37
IX.	Der Umweltschutz als "zwingendes Erfordernis"	39
X.	Die Schutzergänzungsklauseln	41
	1. Art. 130t	41
	2. Art. 130r Abs. 5 UAbs. 2, 130s, 130t	44
	3. Art. 100a Abs. 4	47
	4. Art. 100b Abs. 2, 100a Abs. 4	50
	5. Art. 118a Abs. 3	52
	6. Art. 224	53
XI.	Die Schutzklauseln	53
В.	Die zusätzliche Abstützung im Vertrag über die	
	Europäische Union	55
I.	Umweltschutz als Ziel und Aufgabe der Gemeinschaft	55
	Das "neue" Subsidiaritätsprinzip	56
	Das Globalitätsprinzip	57
	Die "neue" Schutzniveauklausel	57
	Die Verstärkung der Querschnittsklausel	58
	Die "neue" Schutzklauselbefugnis	60
	Die zusätzliche Abstützung in den Aktionsprogrammen	60
	Die rechtsdogmatische Einordnung der	00
1.	Aktionsprogramme	60
II.	Die Spezialprinzipien	61
	Folgerungen	62
	Die zusätzliche Abstützung in den Schlußfolgerungen des	-
D.	Europäischen Rates	64
T.	Die rechtsdogmatische Einordnung der	04
	Schlußfolgerungen	64
II.	Umweltschutzfreundliche Aussagegehalte	64
	Folgerungen	67
	Die zusätzliche Abstützung in der Erklärung des Europäischen	
E.	Parlaments über Grundrechte und Grundfreiheiten vom	
	12. April 1989	68
Kap	itel 2: Die rechtsdogmatische Einordnung des	
	"bestmöglichen Umweltschutzes"	69
	Grundsatz und Norm	69
I.	Die Systematisierungsansätze in der deutschen	
	Rechtsquellenlehre als Ausgangspunkt	69

	1. Die traditionelle Sichtweise	69
TT	2. Die Prinzipienlehre von Robert Alexy	71
11.	Die Möglichkeiten und Grenzen der Transferierbarkeit auf den "bestmöglichen Umweltschutz"	71
	1. Der Grundsatzcharakter	72
	2. Die Konkretisierungsbedürftigkeit	73
	3. Der Rechtsnormcharakter	73
	4. Der Wertcharakter	74
	5. Rechtsgrundsatz und rechtspolitischer Grundsatz	75
B .	Allgemeiner Rechtsgrundsatz	75
С.	Terminologie	81
D.	Inhaltsbestimmung	82
\boldsymbol{E} .	Gewichtung und Rang	83
F.	Rechtsnatur	86
	Zweiter Teil	
	Die Ausstrahlungswirkungen des Umweltprinzips	
Kapi	itel 1: Die Handlungsregel	92
A .	Die umweltpolitischen Handlungspflichten	93
I.	Abstrakt-generelle Handlungspflichten	93
II.	Konkret-generelle Handlungspflichten	94
	Spezielle Handlungspflichten	95
	1. Überblick	95
	2. Insbesondere: Die Pflicht zum hohen Umweltschutzniveau .	95
	a) Der Geltungsbereich	95
	b) Die Reichweite der Bindungswirkung gegenüber der	07
_	Kommission	97
	Die Justitiabilität	99
I.	Die Untätigkeitsklage	99
	1. Zulässigkeitsfragen	99
	Begründetheitsfragen	100 100
	b) Die mangelnde Konkretheit der abstrakt-generellen	100
	Handlungspflicht	100
	c) Die hinreichende Konkretheit der konkret-generellen	
	Handlungspflicht	100
	d) Die grundsätzlich mangelnde Konkretheit der speziellen	
	Handlungspflichten	102
II.	Die Nichtigkeitsklage	106
	1. Zulässigkeitsfragen	106
	2. Begründetheitsfragen	108 108
	a) Die Verletzung des Begründungserfordernisses	100

	b) Die "Verletzung dieses Vertrages"
Ш	Das Vorabentscheidungsverfahren
	Folgerungen
Kapi	itel 2: Die Kooperationsregel
A .	Die Grundlegung
B .	Die Einzelpflichten
I.	Die Rücksichtnahmepflicht
	Die Transformationspflicht
	1. Vorbemerkung
	2. Die Anforderungen an die Umsetzung von Umweltrichtlinien
	a) Generelle Leitlinien aus der EuGH-Judikatur
	b) Die Spezifizierungsnotwendigkeit (Rechtssache
	Grundwasser)
	c) Die Umsetzungstauglichkeit von Verwaltungsvorschriften
	(Rechtssachen Luftreinhaltung)
III.	Die Förderungspflicht
	Die Informationspflichten
- ' '	1. Die Berichtspflicht
	2. Die Mitteilungspflicht
	3. Die Auskunftspflicht
V	Die Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung
٧.	1. Die Einordnung
	2. Die Begründung
	3. Der Anwendungsbereich
	a) Sachlich
	-,
	b) Zeitlich
	4. Die Glenzen
Kapi	itel 3: Die subjektive Rechtsstellungsregel
A .	Die Primäransprüche
I.	Die Grundlegung
	1. Die Doktrin der unmittelbaren Wirkung von
	Richtlinienbestimmungen
	2. Die Koppelung an subjektive Rechte im weiten Sinn
II.	Die Leistungsrechte
	Die Abwehrrechte
В.	Die Sekundäransprüche
	Gegenüber dem Staat
	Gegenüber Privaten

Kapi	itel 4: Die Präferenzregel	161
A.	Vorrang der Wirtschaftsziele	161
	Absoluter Vorrang der Umweltziele	161
	Bedenken aus Gründen des Demokratie- und Rechtsprinzips	161
	Bedenken aus Gründen der vertraglichen Gesamtsystematik	162
111.	Bedenken aus Gründen des Umweltprinzips	162 162
	 Der Schutzzweck der geläuterten Anthropozentrik Die Rechtssache Leybucht 	163 166
<i>C</i> .	Relativer Vorrang der Umweltziele	166
I.	Die Position des Gerichtshofs (Rechtssache Dänische	
	Pfandflaschen)	166
	1. Der Sachverhalt	166
	2. Das Urteil des Gerichtshofs	167 168
П	3. Würdigung Der Meinungsstand in der Literatur	171
11.	1. Indifferenztheorie	171
	2. Präferenztheorie	171
	3. Stellungnahme	172
	a) Die möglichen Einwände gegen eine relative Präferenz der	
	Umweltziele	172
	aa) Art. 130r Abs. 3 172 – bb) Die "Erklärung Nr. 9" 174 –	
	cc) Art. 8c 175 – dd) Art. 8a 176 – ee) Das "System des	
	Vertrages" 177 – ff) Art. 130s Abs. 5 EG-Vertrag 177	170
	b) Die dogmatische Begründung einer Präferenzregel	178
	Die rechtlichen Grenzen einer relativen Präferenz der Umweltziele	180
I.	Die materiellrechtlichen Grenzen	180
	1. Überblick	180
	2. Die Rechtfertigungsgründe	181
	3. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip	184 184
	a) Die Geeignetheitb) Die Erforderlichkeit	185
	aa) Generelle Leitlinien 185 – bb) Die Einschätzungspräro-	165
	gative 187 – cc) Die Stufentheorie 188 – dd) Der Stand der	
	wissenschaftlichen Forschung 191 – ee) Die Berücksichti-	
	gung von Besonderheiten 191 – ff) Der prophylaktische	
	Umweltschutz 191 – gg) Die Mitsorge für andere Mitglied-	
	staaten 192 - hh) Die Nachbesserungspflicht 193 - ii) Or-	
	ganisatorische und finanzielle Schwierigkeiten 193	
	c) Die Verhältnismäßigkeit im engeren Sinn	194
	4. Die Schranke des Art. 36 Satz 2	195
	a) Das Verbot der willkürlichen Diskriminierung	195
	b) Das Verbot der verschleierten Beschränkung des	105
	Handels	195

II.	Die verfahrensrechtlichen Grenzen
	1. Die Notifizierung
	2. Die Bestätigung
	a) Der Umfang der Überprüfungsbefugnis der Kommission
	b) Die Rechtsnatur der Bestätigung
	3. Das verkürzte Verfahren vor dem Gerichtshof
III.	Die Darlegungs- und Beweislast
	1. Im Bestätigungsverfahren
	2. Im Rechtsschutzverfahren
Kapi	itel 5: Die Abwägungsregel
A	Die Güterabwägung: Umweltschutz versus freier
71.	Warenverkehr
T	Güterabwägung und praktische Konkordanz im
1.	Gemeinschaftsrecht
ΥT	
11.	Folgerung: Zwei-Stufen-Modell
	1. Die Evaluationsstufe
***	2. Die Korrektivstufe
111.	Die Konkretisierung des Abwägungsmaßstabes
	1. Die Kasuistik
	2. Der Wesensgehalt und die Wechselwirkung
В.	Das Optimierungsgebot: Ökologische versus sozio-ökonomische
_	Belange
1.	Die Abwägungsfehlerlehre des Gemeinschaftsrechts
	1. Die Finalprogrammierung
	2. Die deutsche Dogmatik als Ausgangspunkt
	a) Generelle Abwägungsgrundsätze
	b) Spezielle Abwägungsgrundsätze
II.	Das Optimierungsgebot des "bestmöglichen Umweltschutzes".
Kan	itel 6: Die Auslegungsregel
	Der Grundsatz der umweltschutzfreundlichen Auslegung
	Die Auslegung des primären Umweltgemeinschaftsrechts
	Art. 8a
11.	Art. 130r Abs. 2 Satz 2
	1. Der umfassende Anwendungsbereich
	2. Die "Erfordernisse des Umweltschutzes"
III.	Art. 130t
IV.	Das "Anwenden" verschärfter nationaler Bestimmungen
	(Art. 100a Abs. 4 UAbs. 1)
	1. Grammatische Auslegung
	2. Systematische Auslegung
	3. Historische Auslegung
	4. Teleologische Auslegung

٧.	Der Kreis der zur Schutzerganzung befugten	
	Mitgliedstaaten (Art. 100a Abs. 4)	234
VI.	Schutzergänzung bei einstimmigen Ratsbeschlüssen	224
	(Art. 100a Abs. 4)	237
	Der zeitliche Anwendungsbereich des Art. 100a Abs. 4	239
VIII.	Die Anwendbarkeit von Art. 100a Abs. 4 im Rahmen von	
	Durchführungsmaßnahmen der Kommission	240
IX.	Schutzklauseln aus Umweltgründen (Art. 100a Abs. 5)	24
X.	Ausschlußwirkung des Art. 100a Abs. 5	242
	Schutzklauseln im Rahmen des Art. 100b	244
		245
	Die Auslegung des sekundären Umweltgemeinschaftsrechts	
1.	Die Entfaltung der größtmöglichen Wirkkraft	245
	1. Positive Ansätze in der EuGH-Judikatur	245
	2. Kritikwürdige Ansätze in der EuGH-Judikatur	249
	Die restriktive Auslegung von Ausnahmeregelungen	250
III.	Die Auslegung sekundärrechtlicher Schutzklauseln	253
	1. Positive Ansätze in der EuGH-Judikatur	253
	2. Kritikwürdige Ansätze in der EuGH-Judikatur	254
D.	Folgerungen	255
Kapi	tel 7: Die Supplementierungsregel	257
\boldsymbol{A} .	Der Inhalt	257
	Die Lückenhaftigkeit des vertraglichen	_0,
1.	Schutzergänzungspotentials	257
π	Die Lückenschließung mittels einer am	25,
11.	Supplementierungsgedanken orientierten Gesamtanalogie	259
_		
	Die integrationspolitische Bewertung	263
I.	Das Konzept der Diversifizierung	263
II.	Desintegrative Effekte	264
III.	Integrative Effekte	267
	1. Die Mehrdimensionalität der Gemeinschaftsziele	267
	2. Die Vereinbarkeit mit dem Binnenmarktziel	267
	3. Die Impuls- bzw. Stimulusfunktion	268
	4. Die Pressions- bzw. Disziplinierungsfunktion	270
	5. Die Akzeptanzfunktion	271
	6. Die Glaubwürdigkeits- bzw. Transparenzfunktion	271
	7. Die Föderalisierungsfunktion	272
	7. Die i oderdisserungsrunktion	2,1
Kapi	tel 8: Die Kompetenzregel	274
\boldsymbol{A} .	Die "Grauzonen" umweltrechtlicher Zuständigkeiten der	
	Gemeinschaft	274
В.	Der Meinungsstand in der Literatur	275
	Die Abgrenzungskriterien	275
1.	1. Subjektive Theorie	275
	1. Duojokuve Theorie	215

11	Objektive Theorie Theorie der Doppelabstützung Das Konkurrenzverhältnis	276 277 277
11.	1. Spezialität von Art. 100a	277 278
	3. Gleichrangigkeit von Art. 100a und Art. 130s	278
<i>C</i> .	Die Rechtssache "Titandioxid"	279
I.	Der Sachverhalt	279
	Der Schlußantrag von Generalanwalt Giuseppe Tesauro	280
III.	Das Urteil des Gerichtshofs	28
D.	Neuansatz: Vorrang infolge bestmöglicher Regelung (Bilanzierungstheorie)	28.
I.	Die Grundlegung	283
II.	Die Bilanzierungsposten	284
	1. Die materiellrechtlichen Bilanzierungsposten	284
	a) Das geschützte Rechtsgut	284
	b) Die Schutzintensität	28.
	c) Die nationalen Schutzergänzungspotentiale	28
	d) Folgerungen	28
	2. Die verfahrensrechtlichen Bilanzierungsposten	28
	a) Das Abstimmungsverfahren	28
	b) Die Beteiligung des Europäischen Parlaments	29
	aa) Die Rechtslage auf der Grundlage der EEA 291 – bb)	
	Die Rechtslage nach Inkrafttreten des Vertrages über die	
	Europäische Union 294	29
TTT	c) Das Handlungsformenpotential	29
111.	Einzelne Abgrenzungsergebnisse	29
	a) Abgrenzungsergebnisse in der Theorie	29
	b) Abgrenzungsergebnisse in der Praxis	29
	2. Die Rechtslage nach Inkrafttreten des Vertrages über die	29
	Europäische Union	30
	3. Die Entbehrlichkeit der Doppelabstützung	30
IV.	Vorzüge der Bilanzierungstheorie	30
- • •	1. Einwände gegen die Spezialitätstheorie	30
	2. Die materielle Präferenz als Ausfluß des Umweltprinzips	30
	3. Synergetischer Ansatz	30
Zusa	ammenfassung in Thesen/Summary in theses/Résumé en thèses.	31
Liter	aturverzeichnis	33
Ents	cheidungsregister	36
Sach	verzeichnis	37